

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltenen Kolonnen-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Weyh.

Druck von E. W. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Unser Verband nach drei Kriegsjahren.

Viel länger als drei Monate kann dieser Krieg nicht dauern — das war die allgemeine Auffassung in den ersten Augusttagen des Jahres 1914. Nun dauert er drei volle Jahre, und wir wären froh, wenn wir die begründete Hoffnung hegen könnten, daß er in weiteren 3 Monaten zu Ende ist. Diese einfache Feststellung umschließt ein Meer von Elend, Not und Tränen.

Länger als drei Monate sind die Gewerkschaften mit ihren Geldmitteln den Verpflichtungen, die der Krieg ihnen aufbürdet, nicht gewachsen — so ungefähr urteilten verantwortliche Leiter und besorgte Freunde der Gewerkschaften im August 1914, als das Heer der Arbeitslosen unheimlich anschwell. Heute ist die Arbeitslosigkeit gleich Null, die Gewerkschaften befriedigen alle begründeten Ansprüche der Mitglieder und stehen dem Zusammenbruch ferner als je. Das ist eine recht tröstliche Tatsache für alle, die in diesen Gewerkschaften Rat, Schutz und Hilfe gesucht und gefunden haben.

Heute kann man lächeln über die Befürchtungen, denen ein Kollege in einem Brief an die Redaktion ungefähr 4 Wochen nach Kriegsausbruch Ausdruck gab. Er teilte mit, es sei vielfach die Auffassung verbreitet, der Verband würde „binnen 4 Wochen einen Pfennig mehr auszus zahlen haben“, und bat zugleich, die Redaktion möchte solchen Auffassungen im Verbandsorgan entgegenreten. Was selbstverständlich sofort geschah, aber wahrscheinlich nicht geschehen wäre, wenn der Redakteur damals drei Jahre Weltkrieg vorausgesehen oder auch nur für möglich gehalten hätte.

Mit der Mitgliederbewegung sah es in den ersten Kriegsjahren böß aus. Die Einziehungen rissen große Lücken, neue Mitglieder wurden fast gar nicht gewonnen, von den Nichteingezogenen wurde ein bedauerlich großer Bruchteil, allen Ermahnungen zum Troß, fahnenflüchtig. Am Schlusse des Jahres 1914 hatten schon etwa 20 000 Mitglieder den Verband verlassen. Das Jahr 1915 brachte noch eine, wenn auch geringe, Steigerung dieser Verluste. Dann setzte die Besserung ein. Der Arbeitsmarkt wurde günstiger, weil der Heeresbedarf an Menschen und Materialien dauernd stieg. Die Arbeitslosigkeit sank auf einen selbst in besten Friedenszeiten kaum erreichten Stand. Die Widerstandskraft der Arbeiter, maßregelungsfähigen Unternehmern gegenüber stieg, die Werbearbeit des Verbandes fand besseren Boden.

Gleichzeitig zwang die steigende Teuerung die Arbeiter, eine Erhöhung der Löhne anzustreben, was ohne Organisation ein, wenn nicht gerade immer ganz aussichtsloses, so doch selten erfolgreiches Beginnen war. Da andererseits, wo starke Verbände sich für Lohnerhöhungen einsetzten, namhafte Erfolge zu buchen waren, wuchs das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften, was wiederum zum Anschwellen des Zustroms an neuen Mitgliedern beitrug. Diese Entwicklung war nicht bei allen Gewerkschaften gleichmäßig im Tempo, aber sie war gleichgerichtet in der Bewegung.

Unser Verband hatte schon im Jahre 1916, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres, mehr Mitgliederzuwachs als -abgang; der Ueberschuß war jedoch nicht groß genug, um die Lücken auszufüllen, die das erste Kriegsjahr in unsre Reihen gerissen hatte. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1917 setzte eine fast sprunghafte Steigerung der Neuaufnahmen ein. Seitdem hat jeder Monat eine weitere Steigerung gebracht. Im Januar traten reichlich 2000, im Februar schon rund 3000, im April über 4000 und im Juni rund 5000 Mitglieder dem Verbands bei. Der Juli hat eine weitere, wenn auch geringe, Steigerung gebracht. Nach den Berichten aus 392 Zahlstellen traten 5070 Mitglieder ein. Das sind mehr als in irgendeinem Vormonat seit Kriegsausbruch und nicht viel weniger als in sehr guten Friedensmonaten. 5000 Neuaufnahmen in einem Monat entsprechen einem Jahreszuwachs von 60 000 Mitgliedern. Das letzte Friedensjahr 1913 brachte dem Verbands 58 467 neue Mitglieder, also auf einen Monat im Durchschnitt etwas weniger als 5000. Das Jahr 1914, das allerdings schon fünf Kriegsmomente umfaßt, brachte nur einen Zuwachs von 31 939 Mitgliedern, also im Durchschnitt noch nicht 3000 in einem Monat. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird das Kriegsjahr 1916 dem Verbands erheblich mehr neue Mitglieder bringen als das Jahr 1914 mit fünf Kriegs- und sieben Friedensmonaten. Schon in den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden annähernd so viel Mitglieder aufgenommen wie im ganzen Jahre 1914.

Mit der Zahl der Aufnahmen stieg auch die Zahl der Austritte. Das ist nicht verwunderlich; denn unter den Neuaufgenommenen ist immer ein gewisser Bruchteil, der nur in einer vorübergehenden Stimmung eingetreten ist, vor den Beiträgen zurückschreckt oder aus andern Gründen die Mitgliedschaft bald wieder aufgibt. Es ist jedoch bemerkenswert und erfreulich, daß die Zahl der Austritte nicht ebenso rasch gestiegen ist, wie die der Neuanmeldungen, daß also der Ueberschuß der Zugänge über die Abgänge dauernd größer geworden ist. Die nachstehende Zusammenstellung veranschaulicht das für die Zeit seit April 1916.

Jahr	Monat	Mitglieder aufgenommen			Mitglieder ausgeschieden			Mehr eingetreten als ausgeschieden (- weniger)		
		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1916	April	545	419	964	477	280	757	68	139	207
1916	Mai	575	419	994	453	297	750	122	122	244
1916	Juni	764	475	1239	740	368	1108	24	107	131
1916	Juli	724	392	1116	538	255	793	186	137	323
1916	August	662	684	1346	611	312	923	61	372	423
1916	September	777	754	1531	790	436	1226	13	318	305
1916	Oktober	565	890	1455	478	301	779	87	589	676
1916	November	634	981	1615	488	402	890	146	579	725
1916	Dezember	732	1003	1725	494	367	861	238	636	874
1917	Januar	824	1463	2287	359	435	794	465	1028	1493
1917	Februar	1356	1622	2978	463	510	973	893	1112	2005
1917	März	1609	1441	3050	680	497	1177	929	944	1873
1917	April	1482	2597	4079	423	657	1080	1059	1940	2999
1917	Mai	1545	2632	4227	555	794	1349	1040	1838	2878
1917	Juni	2167	2794	4961	692	1119	1811	1475	1675	3150
1917	Juli	1692	3378	5070	547	1461	2008	1145	1917	3062

April 1916 bis Juli 1917. . . 16703 21944 38647 8788 8491 17279 7915 13453 21368

Der Ueberschuß der Eintritte über die Austritte ist dauernd und erheblich größer geworden. In den ersten Monaten des Zeitraums, den die Tabelle umfaßt, beträgt er nur einige hundert Mitglieder. Allmählich steigt er bis auf mehr als 3000 in den Monaten Juni und Juli dieses Jahres. Der Gesamtüberschuß beträgt in den 16 Monaten 21 368 Mitglieder. Allerdings hat sich die Mitgliederzahl nicht um ebensoviel gehoben. Gegen den Ueberschuß sind aufzurechnen die zum Heeresdienste eingezogenen Mitglieder sowie die durch Abreise verlorengegangenen. Bis Ende 1916 war überhaupt kein eigentlicher Zuwachs zu verzeichnen, weil die Mehraufnahmen nur eben ausreichten, die durch die Einziehungen gerissenen Lücken zu füllen. Im ersten Viertel des laufenden Jahres überstieg jedoch der Zugang den Abgang ein schließlich der Eingezogenen; ebenso im zweiten Viertel, das mit dem 30. Juni abschließt. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung, die vom 1. Juli 1914 bis zum 1. Juli 1917 reicht, ist die Entwicklung des Mitgliederstandes in den drei Kriegsjahren zu erkennen.

Es betrug die Zahl der Mitglieder:

am	1. Juli 1914	männl.	weibl.	zusammen
"	1. Oktober 1914	181 282	26 048	207 330
"	1. Januar 1915	123 444	24 070	147 514
"	1. April 1915	108 588	21 753	130 341
"	1. Juli 1915	92 618	20 811	113 429
"	1. Oktober 1915	81 107	20 002	101 109
"	1. Januar 1916	72 843	19 381	92 224
"	1. April 1916	66 148	18 970	85 118
"	1. Juli 1916	63 929	18 705	82 634
"	1. Oktober 1916	62 496	19 189	81 685
"	1. Januar 1917	60 393	20 202	80 595
"	1. April 1917	58 469	22 076	80 545
"	1. Juli 1917	60 125	24 884	85 009
"	1. Oktober 1917	62 747	30 075	92 822

Bis Ende 1915 sinkt die Mitgliederzahl sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Mitgliedern. Anfang 1916 hört der Rückgang bei den weibl. Mitgliedern auf. Das 1. Vierteljahr bringt noch ein geringes Minus, im zweiten sind schon einige hundert Zunahmen zu verzeichnen; im dritten sind es 1000 und im vierten fast 2000. Das erste Viertel des laufenden Jahres brachte 3000, das zweite gar 5000 Mitglieder mehr.

Bei den männlichen Mitgliedern überwiegt der Abgang durch Einziehungen den Zuwachs durch Aufnahmen bis Ende 1916. Dann setzte der Umschwung ein. Im ersten Halbjahr 1917 sind rund 4300 männliche Mitglieder mehr eingetreten als ausgeschieden und eingezogen sind. Insgesamt hatte der Verband am 1. Juli d. J. reichlich 12 000 Mitglieder mehr als am 1. Januar. Die Monate Juli und August haben einen weiteren Zuwachs gebracht, vom Rest des Jahres hoffen wir daselbe.

Rechnen wir zu dem für den 1. Juli ausgewiesenen Mitgliederbestand die zum Heeresdienste Eingezogenen hinzu, die ja aus dem Mitgliederkreise nicht ausgeschieden sind, deren Mitgliedschaft vielmehr nur ruht, so schrumpft der tatsächliche Mitgliederbestand auf einen kaum nennenswerten Bruchteil der früheren Mitgliederzahl zusammen. Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, dürfte er schon völlig ausgeglichen sein, so daß uns an unserm Friedensstand nur die Zahl der im Heeresdienste stehenden Kollegen fehlt. Von denen kehren allerdings nicht alle in unsre Reihen zurück. Rund 10 000 sind uns als gefallen gemeldet, viele andre werden, weil siech und verstümmelt, ihre Mitgliedschaft nicht weiter führen können. Von allen übrigen aber erhoffen und erwarten wir, daß sie sich sofort nach ihrer Entlassung aus dem Heeresverband wieder in unsre Reihen stellen. Geschieht das, und geschieht es recht bald, so können wir an die Lösung unsrer Friedensaufgaben mit derselben Mitgliederzahl herantreten, mit der sie 1914 aufgegeben werden mußte. Das mag sich die „Arbeitgeberzeitung“ zur Notiz nehmen, die kürzlich den Nachweis versuchte, daß die Gewerkschaften eigentlich so gut wie nicht mehr vorhanden wären.

Die Entwicklung des Verbandes ist natürlich nicht in allen Teilen des Reiches gleich günstig. Sie wird beeinflusst vor allem durch den Umfang und die Art der Industrie. Orte mit reichlicher Arbeitsgelegenheit entwickeln sich besser als solche, in denen sie weniger gut ist. Aber auch manche andre Einflüsse spielen mit. So haben, um nur ein Beispiel zu nennen, einige Zahlstellen, in deren Bereich große Sprengstofffabriken liegen, einen glänzenden Aufschwung genommen. Walsrode z. B. hatte bei Kriegsausbruch 68 Mitglieder, heute hat es mehr als 700. Dornitz stieg von 80 auf über 700. Andre Zahlstellen, die große Sprengstoffunternehmungen in ihrem Bereich haben, entwickeln sich viel weniger gut. Von den 392 Zahlstellen, die für den Monat Juli berichteten, hatten 22 mehr Mitglieder als bei Kriegsbeginn, 70 weitere hatten dann mehr, wenn die Eingezogenen als Mitglieder eingerechnet werden, bei den übrigen waren noch mehr oder weniger große Lücken auszufüllen.

Die Gesamtzahl der Mitglieder bleibt naturgemäß in allen Gauen hinter dem Stand vor Kriegsausbruch zurück. Werden jedoch die Eingezogenen als Mitglieder gerechnet, so hatten sechs Gauen mehr Mitglieder als bei Kriegsausbruch. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in 10 Gauen höher als am 1. Juli 1914. Werden für alle berichtenden Zahlstellen die am 1. August 1917 noch vorhandenen und die zum Heeresdienste eingezogenen Mitglieder zusammengerechnet, so bleibt die Mitgliederzahl nur um 1580 hinter dem Stand vor Kriegsausbruch zurück. Das heißt: am Ende des dritten Kriegsjahres hatten wir den Verlust des ersten Kriegsjahres fast ausgeglichen.

Es ist nicht nötig, zu diesem Ergebnis noch viel zu sagen. Deutlicher als lange Auseinandersetzungen zeigt es die ungebrochene Kraft des Verbandes, das unerfütterte Vertrauen der Mitglieder. Allen Wetterstürmen des Krieges trotzend, geht es vorwärts und aufwärts. Nur so weiter! —

Die folgende Tabelle enthält einige wichtige Ergebnisse der Erhebung für den Monat Juli 1917, getrennt nach Gauen. Den Mitgliederzahlen sind die für den 1. August 1914 ermittelten gegenübergestellt. Beim Vergleichen ist zu beachten, daß nicht die Zahlen für den ganzen Verband, sondern nur die für 392 Zahlstellen gegeben sind, die für den Monat Juli 1917 berichtet haben.

Gau	Zahlstellen		Die berichtenden Zahlstellen hatten Mitglieder						Zum Heeresdienst eingezogen	Vom Heeresdienst entlassen	Gefallen oder im Heeresdienst gestorben
	im Gau	davon haben berichtet	am 1. August 1914			am 31. Juli 1917					
			männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen			
1 (Hannover)	41	33	13 287	2 670	15 957	5 019	3 645	8 667	7 925	645	734
2 (Magdeburg)	43	41	19 212	1 303	20 515	7 602	2 007	9 609	11 164	1 335	1 121
3 (Berlin)	42	38	13 402	1 197	14 599	5 301	1 712	7 013	7 610	666	599
4 (Slettin)	41	38	11 246	438	11 684	4 012	707	4 719	6 269	386	551
5 (Danzig)	22	10	4 383	159	4 542	1 176	102	1 278	2 479	130	182
6 (Breslau)	29	25	7 626	2 349	9 975	2 454	1 861	4 315	4 721	401	543
7 (Dresden)	46	41	25 586	5 426	31 012	9 267	6 515	15 782	16 350	1 297	1 341
8 (Ermuth)	36	33	8 733	814	9 547	2 933	1 029	3 962	5 124	359	592
9 (Münsterberg)	19	15	6 340	2 453	8 793	1 688	2 094	3 782	4 359	185	391
10 (München)	18	18	6 457	2 591	9 048	2 517	3 162	5 679	4 874	248	313
11 (Sinttaart)	26	16	5 385	1 267	6 652	1 642	927	2 569	2 889	174	230
12 (Ludwigshafen)	19	14	7 127	446	7 573	2 287	313	2 600	4 374	200	308
13 (Frankfurt a. M.)	20	15	8 404	525	8 929	2 722	550	3 272	5 068	384	324
14 (Köln a. Rh.)	25	21	4 837	339	5 176	2 217	1 897	4 114	2 987	214	258
15 (Hamburg)	41	34	28 550	4 011	32 561	11 098	4 342	15 440	15 684	1 245	1 465
Insgesamt	463	392	170 570	25 988	196 558	62 235	30 866	93 101	101 877	7 869	8 919

Brauchen wir eine Beitragserhöhung?

In einem sehr beherzigenswerten Artikel in Nr. 34 des „Proletariats“ erläutert Kollege Thiemig den Stand unserer finanziellen Rüstung. Es erscheint mir angebracht, daß ein möglichst großer Kreis der Kollegen sich über die in diesem Artikel angeschnittene Frage der Beitragserhöhung äußert.

Zunächst einiges über die von Thiemig aufgestellte Bewegung der Haupt- und Lokalkassenbestände in den drei Jahren 1914—17. Da ist es auffallend, daß Thiemig nicht auch auf die eingetretene Verschuldung der Lokalkassen, oder doch eines größeren Teils derselben, hinweist. Am 1. Januar 1914 stand dem Lokalkassenbestande von 1 025 000 M. eine Schuldenlast von 46 000 M. gegenüber. Der Stand am 1. Januar 1917 war: 666 000 M. Kassenbestand und 129 000 M. Schulden. Der Bestand der Lokalkassen ist um rund 354 000 M. gefallen, die Schuldenlast um 83 000 M. gestiegen. Es ist also eine Verminderung des Vermögens der Lokalkassen um 442 000 M. oder um gut 45 Prozent eingetreten. Die Verschuldung hätte ein noch weit höheres Maß angenommen, wenn die Zahlstellen nicht zu einer Erhöhung der Lokalbeiträge geschritten wären. Selbstverständlich hat das auf die Finanzgebarung des Gesamtverbandes nur insofern eine Wirkung, als die Schulden von 83 000 M., die heute mehr da sind, in dem Bestande der Hauptkasse fehlen, oder besser gesagt, um diese Summe wäre der Bestand der Hauptkasse heute höher, wenn diese Schulden nicht während des Krieges hätten gemacht werden müssen.

Es läge nun nahe, etwas eingehender auf die Ursachen des doch immerhin recht bedenklichen Rückganges der Lokalkassenbestände und der teilweise recht starken Verschuldung der Zahlstellen einzugehen. So notwendig es wäre, daß einmal über die Wirkung dieser Schuldenwirtschaft gesprochen wird, würde das heute doch zu weit vom eigentlichen Thema abführen. Deshalb will ich es für heute mit diesem kurzen Hinweis bewenden lassen und meine Ausführungen auf die von Thiemig dargestellte Entwicklung des Bestandes der Hauptkasse und die angeschnittene Beitragsfrage beschränken.

Wir sehen, daß in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 1. Januar 1917 ein Vermögensrückgang von 302 000 M. eingetreten ist. Wo ein Verlust von 8 Prozent des früheren Bestandes. Hier ist es notwendig, auch etwas auf die Ursachen des Rückganges einzugehen. Daß die Hauptursache in der Einziehung der Mitglieder liegt, braucht deshalb kaum erwähnt zu werden, weil wir hierauf ohne jeden Einfluß sind. Es muß untersucht werden, was sonst noch zu dem Rückgang beigetragen hat. Da sehen wir, daß der Bestand der Hauptkasse im Jahre 1914 von 3 860 000 auf 3 364 000 M. zurückgegangen ist. Die Ursache haben wir in der großen Arbeitslosigkeit, der Unterstützung der Arbeitslosen und der monatlichen Unterstützung der Kriegereinfamilien zu suchen. Das Jahr 1915 brachte dann eine Zunahme des Kassenbestandes um 164 000 M. Eine Zunahme, die, wenn sie dauernd gewesen wäre, den entstandenen Verlust sehr bald wieder gedeckt hätte. Leider hat das Jahr 1916 nur einen Ueberschuß von 30 000 M. gebracht und damit die Hoffnung auf eine finanzielle Erhaltung unseres Verbandes, unter Beibehaltung der gegebenen Umstände, vernichtet. Die Ursache des Stillstandes, dem wahrscheinlich bald ein Rückgang folgen wird, ist in der Wiedereinführung der vollen Sätze bei der Unterstützung in Krankheitsfällen zu suchen. Bei der Wiedereinführung dieses Unterstützungszweiges wurde vom Gau 13 vorgezogen, es zunächst bei der Hälfte der früheren Sätze bewenden zu lassen. Wäre das geschehen, wie das in anderen großen Verbänden bis vor kurzem noch der Fall war und teilweise heute noch der Fall ist, stände unser Kassenbestand heute über dem Stand vom 1. Januar 1914.

Damit soll nun nicht gesagt sein, daß dieser Stand der Hauptkasse uns vor der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung bewahrt hätte. Im Gegenteil! Wir würden für die finanzielle Erhaltung unseres Verbandes unter allen Umständen zu sorgen haben. Da ein anderes Mittel jetzt wohl kaum in Betracht gezogen werden kann, bleibt nichts anderes übrig, als eine Erhöhung des Beitrags. Allerdings die Begründung, daß die Unterstützungssätze erhöht werden müssen und aus diesem Grunde eine Erhöhung des Beitrags notwendig sei, lehne ich, wenigstens soweit die Krankenzuzahlung in Frage kommt, ab. Wenn ich für eine Erhöhung des Beitrags einträte, so aus folgendem Grunde:

Das Unternehmertum, namentlich in den Industriezweigen, für die wir zuständig sind, hat die Zeit des Krieges, teilweise unter Beihilfe der Regierung und unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse, dazu benutzt, seine Organisation auszubauen. Nicht nur das! Kaufte Summen werden alljährlich dem Kampffonds zugeführt. Das wäre schon allein Grund genug für uns, das gleiche zu tun. Nun steht außer Zweifel, daß die Unternehmer die erste, ihnen geeignete Gelegenheit benutzen werden, den heute etwas in die Höhe gegangenen Lohn wieder herunterzuziehen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird schon seit längerer Zeit in der Arbeiterpresse mit der Widerberatung des Weltmarktes begründet und die Absicht dazu offen ausgesprochen. Schon die Tatsache, daß die Fabrikanten nur schwer dazu zu bewegen sind, den eigentlichen Standardlohn zu erhöhen und, wo es nicht anders geht, sich auf Zuschüsse zum Lohn beschränken, ist Beweis genug für die behauptete Behauptung.

Gegenüber dem den Unternehmern die Zeit gleich nach Beendigung des Krieges erscheinen, wo der Mangel an notwendigen Rohstoffen eine größere Arbeitslosigkeit herbeiführen wird. Da aber, nach dem derzeitigen Stande der Dinge, die Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel der Arbeiter sich noch lange Zeit nach dem Kriege auf der jetzigen Höhe halten werden, muß das angelegte Bestreben der Unternehmer zu Straftaten und letzten Endes zu größeren Kämpfen führen. Gegen werden wir auch dann bestehen, die Interessen der Arbeiter möglichst ohne das letzte Mittel, den Streik, zu verteidigen. Ob und wie weit das möglich sein wird, hängt zum guten Teil davon ab, ob die bestehenden sozialen Einrichtungen, wie Schlichtungsausschüsse, Gewerkschaften u. dgl., bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden. Diese Einrichtungen haben aber für die Arbeiter nur dann Wert, wenn auch auf ihrer Seite eine Macht vorhanden ist. Um zu dieser Macht zu gelangen, gebrauchen wir nicht allein eine möglichst große Mitgliederzahl, wenn das auch die Hauptfrage ist, sondern auch einen ausreichenden Kampffonds. Schon das Verfehlen eines solchen wird unseren Kampf nutzlos machen. Auch wir müssen unsere Leist-

durch die Macht und das Recht bestimmen lassen. Und es wäre auf alle Fälle ein Unglück, wenn wir ernsthaften Kämpfen deshalb aus dem Wege gehen müßten, weil die vorhandenen Mittel nicht ausreichen. Dadurch würden die Arbeiter schwer geschädigt werden, und das Vertrauen zum Verbande würde geschwächt. Und so komme auch ich, allerdings aus einem andern Grunde als Kollege Thiemig, der die Unterstützungsfrage in den Vordergrund stellt, zu der Ueberzeugung: Wir kommen um eine Beitragserhöhung nicht herum!

Es bliebe noch die Frage zu prüfen, auf welchem Wege soll die Einführung geschehen? Da bin ich der Ansicht, daß nur ein Verbandstag entscheiden kann. Ich kann nicht anerkennen, daß die Gründe, die Vorstand und Ausschuß in Nr. 7 des „Proletariats“ 1916 gegen die Abhaltung eines Verbandstages anführten, stichhaltig waren; noch viel weniger, daß sie es jetzt noch sind. Wenn damals kein Widerspruch erfolgte, so wohl aus dem Grunde, daß ein allzu großes Bedürfnis für eine Abhaltung damals nicht vorhanden war. Dieses Bedürfnis halte ich heute aus dem angeführten Grunde und aus andern Gründen als unbedingt vorhanden. Wenn es andern größeren Verbänden möglich war, die Schwierigkeiten zu überwinden, wenn es in der nächsten Zeit möglich sein wird, den Parteitag abzuhalten, dann sehe ich nicht ein, weshalb gerade bei uns die Schwierigkeiten unüberwindlich sein sollten. Auf alle Fälle würde die Durchführung einer Beitragserhöhung viel weniger Schwierigkeiten machen, wenn der Beschluß durch gewählte Delegierte herbeigeführt wird. Ob es allerdings angängig und notwendig ist, den Verbandstag in Bremen, einer der äußersten Ecken Deutschlands, abzuhalten, das mag der Vorstand entscheiden.

L. Bru. (Frankfurt a. M.)

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

„Neuorganisation“ in der Gummiindustrie.

Es war uns schon längere Zeit bekannt, daß auch die Gummiindustrie in irgendeiner Form kriegsmäßig umorganisiert werden soll. Die Gründe sind dieselben wie in andern Industriezweigen auch. Mangel an Rohstoffen zwingt zu Betriebsbeschränkungen und damit zu unwirtschaftlicher Vertreibung von Kapital, Material und Arbeitskraft. Da die Regierung die Rohstoffe mit Begehr für sich beansprucht, kann der Widerstand der Unternehmer gegen den Willen von oben nicht allzu stark sein. Immerhin ist es ihnen anscheinend gelungen, die z w a n g s w e i s e Regelung der Erzeugung zu vermeiden. In Erkenntnis der Lage haben sie sich auf Vorschläge geeinigt, die den Wünschen der Regierung entgegenkommen und die Unternehmerinteressen weitgehend wahren. Die „Gummi-Zeitung“ vom 17. August macht darüber einige Andeutungen. Im Anschluß an die Mitteilung, daß in Oesterreich die Gummiindustrie von der Regierung zu einem Kriegesverbande zusammengeschlossen ist, teilt sie mit, daß auch in Deutschland eine „Neuorganisation der Kautschukindustrie“ stattfinden wird, die „den derzeitigen Verhältnissen und Notwendigkeiten Rechnung trägt“. Weiter heißt es dann:

„Sie sieht eine großzügige Regelung der Produktionsverhältnisse unserer Industrie zwecks Erzielung von Erparnissen und Erhöhung der Leistungsfähigkeit vor, die für andre Geschäftszweige vorbildlich genannt werden kann. Diese Regelung der Produktion wird in Deutschland aber nicht auf dem Wege der Zwangsmaßnahmen vor sich gehen, sondern durch freiwillige Einigung der Fabriken untereinander und gegenseitige Zustimmung der Interessen. Es haben hierüber, nach entsprechenden Vorarbeiten, in der außerordentlichen Generalversammlung des Zentralvereins Deutscher Kautschukwaren-Fabriken am 11. August eingehende Verhandlungen stattgefunden und die Organisationsvorschläge des Ausschusses wurden einstimmig gutgeheißen. Die einstimmige Zustimmung zu diesen Maßnahmen stellt ein denkwürdiges, ehrenvolles Ereignis für die deutsche Kautschukindustrie dar; sie beweist damit ihre Vereinstreue, den vaterländischen Notwendigkeiten alles andre unterzuordnen, durch die Tat in glänzender Weise. Auch der Handel wird sich zu dieser Neuorganisation baldigst entsprechend einstellen müssen, denn es werden mancherlei Verschiebungen hinsichtlich der Lieferanten, der Lieferungsverpflichtungen usw., eintreten.“

Aus der Mitteilung geht nicht hervor, ob die Regierung die Vorschläge des Vereins vorher gebilligt, sie mit beraten oder ihnen nachträglich zustimmt hat. Es ist aber anzunehmen, daß ein Einverständnis zwischen der Regierung und den Unternehmern besteht, denn sonst könnten diese nicht so bestimmt versichern, daß Zwangsmaßnahmen nicht ergriffen werden. Ueber die Vorschläge selbst können wir noch nichts sagen, weil sie uns unbekannt sind; die Versicherung, daß sie „für andre Geschäftszweige vorbildlich“ genannt werden können, wird uns nicht von der Pflicht entbinden, sie kritisch zu prüfen, sobald sie bekannt werden. Schon heute aber müssen wir bedauernd feststellen, daß die Arbeitererschaft anscheinend auch bei diesen Beratungen wieder völlig ausgeschlossen worden ist. Obwohl sie an der ferneren Gestaltung der Verhältnisse in der Gummiindustrie das allerwichtigste Interesse hat, wird sie nicht um ihren Rat und nicht um ihre Meinung gefragt. Sie ist nur Objekt der Regelung, wie die Maschinen und die Rohstoffe auch. Die Regierung hält es anscheinend für ganz selbstverständlich, daß solche Fragen vor den Unternehmern allein entschieden werden, und diese denken gar nicht daran, auf die Wünsche und Forderungen der Arbeiter zu hören. Die werden mit schönen Worten und trübseligen Versicherungen abgepeist. Nachher aber haben sie die Suppe auszulöffeln, die andre ihnen eingebracht haben.

Geschäftliche Großzügigkeit chemischer Kapitalisten.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik zeichnet sich durch besonders großzügige geschäftliche Maßnahmen aus. (Für die Bemessung der Arbeitslöhne gilt das nicht. D. R.) Als sie vor einigen Jahren mit der Ammoniakverkaufsvereinbarung einen Preiskampf zu führen hatte, überließ sie sich den gängigen Ansagen darüber, daß sie sich einfach große Kunden — kaufte. Sie erwarb damals den Verein chemischer Fabriken in Belgien, deren Unternehmungen Ammoniak in großen Mengen verbrauchten. Als der Preiskampf zwischen der Anilin- und Sodafabrik entschieden war, ließ sie die Aktien einfach wieder ab. Neuerdings hat sie nun in Mitteldeutschland große Braunkohlefelder erworben. Mit einer Freigebigkeit, die jähig machte, erwarb sie die Aktienbesitzer der dortigen Werke, ohne daß die Verkäufer wußten, wer eigentlich hinter dem guten Angebot stehe. Die so geworbenen Anlagen gehören jedoch der Anilin- und Sodafabrik nicht zu. Sie erwarb deshalb, wieder vermittels einer Bank, die Mehrheit der Aktien der Karlsruher Zuderfabrik, weil diese Gesellschaft mehrere Braunkohlefelder in Besitz hat. Vorausset-

zung wird nun demnächst eine Generalversammlung der Zuderfabrik, in der sie jetzt die „Anilin- und Sodafabrik“ die Mehrheit hat, beschließen, daß die Kohlenfelder verkauft werden sollen. Die „Anilin- und Sodafabrik“ wird sie kaufen und hat damit ihr Ziel erreicht. Vielleicht wird sie die Aktien der Zuderfabrik dann wieder auf den Markt. Etwaige Verluste kann die im Gelde schwimmende „Anilin- und Sodafabrik“ dabei ja leicht verschmerzen. Jedenfalls hat sie ihren Willen dabei wieder einmal durchgesetzt.

Der Bedarf der „Anilin- und Sodafabrik“ an Kohlenfeldern erklärt sich aus der Gründung riesiger Stickstofffabriken in Mitteldeutschland. Diese Unternehmungen sind zwar zunächst nur Kriegszwecken, haben jedoch auch nach dem Kriege noch gute Aussichten.

Gute Geschäftsabschlüsse in der Oelindustrie.

Es ist bezeichnend für den Stand unseres Wirtschaftslebens, wenn man will, auch für die hochgradige „Anpassung“ der Industrie an die Kriegsverhältnisse, daß selbst solche Industriezweige geschäftlich gut abschließen, von denen man es nach Lage der Dinge eigentlich kaum erwarten kann. So z. B. die Unternehmungen der Oelindustrie. Diese waren vor dem Kriege fast ausschließlich auf ausländische Rohstoffe angewiesen, und sie haben, eben infolge des Fehlens dieser Rohstoffe, ihre Betriebe wesentlich einschränken, teilweise auf eine ganz neue Grundlage stellen müssen. Trotzdem stehen sie sich nicht schlecht. Teilweise sogar recht gut. Die Kriegszeit gibt ihnen eben die Möglichkeit, durch entsprechende Preisstellung auch bei stark verminderter Erzeugung auf ihre Rechnung zu kommen.

Der Verein Deutscher Oelfabriken, mit dem sich in Mannheim, hat in den ersten beiden Kriegsjahren (1914/15 und 1915/16) höhere Gewinne erzielt als in den besten Friedensjahren. Das dritte Kriegsjahr (1916/17) ist nicht ganz so günstig gewesen. Immerhin ist noch, nach Abzug aller Unkosten, ein Gewinn von 1 500 061 M. zu verzeichnen. Dazu kommen 500 000 M., die aus dem überreichen Gewinn des Vorjahres zurückgestellt, 253 828 M., die im Vorjahr auf neue Rechnung vorgetragen und 979 694 M., die als Zinseneinnahmen (!) gebucht werden. Nach 355 700 M. Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 2 527 884 M. bei 14 Millionen M. Aktienkapital. In der folgenden Zusammenstellung sind die Einzelposten der Abschüsse für das letzte Jahr fünf zusammengestellt.

Geschäftsjahr 31. März	1912/13	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17
Vortrag	164 677	181 482	231 536	251 468	253 828
Fabrikation	2 792 886	2 924 486	3 236 321	3 132 623	1 150 061*
Reserven vom Vorj.	—	—	—	—	500 000
Unkosten	379 289	430 225	379 324	352 509	?
Zinseneinnahmen	118 839	265 238	34 322	606 481	979 694
Abschreibungen	5 305	21 862	13 756	—	—
Verluste	534 249	542 948	571 925	373 906	355 700
Reingewinn	1 755 204	1 664 213	2 305 638	2 812 689	2 274 055
do. vom Vortrag	1 919 882	1 845 695	2 537 175	3 034 157	2 527 884
Spezialreserve	—	800 000	—	—	—
aufgeord. Ver. Reserve	87 760	43 211	115 282	140 634	88 703
Res. f. Verbesserungen	100 000	—	—	—	—
Zantienen u. Grat.	313 639	102 948	451 424	450 694	455 192
Lohnsteuer	17 000	48 000	19 000	19 000	15 000
Dividende	1 200 000	600 000	1 680 000	1 680 000	1 680 000
in Prozent	10	5	12	12	12
Unterstützungs-Fonds	20 000	20 000	20 000	20 000	20 000
Rückstellung f. 1916/17	—	—	—	500 000	—
Vortrag	181 482	231 536	251 468	253 828	268 989

* Nach Abzug aller Unkosten.

Die Bilanz für 1916/17 ist unfröher als die früheren, weil die Unkosten nicht mehr angegeben, sondern vorab vom Fabrikationsgewinn abgezogen werden. Die Abschreibungen sind geringer bemessen, was im Bericht begründet wird mit dem Hinweis, daß die Fabriken nur zum Teil in Betrieb waren. Auffällig hoch ist die als Zantienne ausgewiesene Summe. Besonders auffällig aber ist, daß sie trotz des nicht unerheblich geringeren Reingewinns gegen die Vorjahre noch gestiegen ist. Sie beträgt mehr als ein Viertel der als Dividende verteilten Summe. Die Aktionäre erhalten, wie in den beiden ersten Kriegsjahren, wieder 12 Prozent Dividende. Noch besser haben L. Th. H. S. vereinigte Harburger Oelfabriken 1916/17 der Reingewinn, nach Abzug der Abschreibungen, 4 012 706 M., gegen 3 468 768 M. im Geschäftsjahr 1915/16. Die Aktionäre erhalten 1 575 000 M., gleich 15 Prozent, Dividende gegen 1 470 000 M., gleich 14 Prozent, im Vorjahre. Als Zantienne werden 444 358 M. ausgewiesen gegen 357 856 M. im Vorjahre. Die Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes können also eine sehr wesentliche Erhöhung ihrer ohnehin nicht geringen Bezüge entgegennehmen. Für soziale Lasten werden 50 000 M. ausgewiesen gegen 25 000 M. im Jahre vorher. Trotz der Verdoppelung gegen das Vorjahr ist diese Aufwendung sehr bescheiden, wenn man sie vergleicht mit den Summen, die als Zantienne oder als Dividende gezahlt werden. Auf neue Rechnung werden 1 575 000 M. vorgetragen. Die Verwaltung begründet diesen überaus hohen Vortrag mit dem Hinweis auf die Möglichkeit ungünstiger Geschäftsjahre; in solchen soll er zum Ausgleich der Dividende dienen.

Im Bericht wird mitgeteilt, daß die Gesellschaft die ihr bisher schon nahegehende Nährmittelfabrik Agouamerke und die jetzt nächste herstellende Stärkefabrik von F. Th. H. S. in Harburg erworben hat. Ueber die Absichten bemerkt die Verwaltung: „An Rohstoffen für die Oelfabrikation steht während des Krieges nur die inländische Ernte zur Verfügung. Nach den vorliegenden günstigen Erntebereichen der Oelfrucht ist es, daß man im laufenden Jahre auf eine bessere Versorgung mit Rohstoffen und dadurch auf eine ausgedehntere Ausnutzung der Oelfabrikation dienenden Anlagen rechnen kann. Daß die Gesellschaft in der Rohstoffversorgung nicht müßig gewesen ist, deutet ein Posten in den Passiven an, der für „nach dem Kriege im neutralen Ausland zu erfüllende Verpflichtungen“ fast 3 1/2 Millionen M. einsetzt. Dieser Betrag dürfte für Rohstoffe bestimmt sein, die schon jetzt erworben, aber noch nicht geliefert sind.“

Papier-Industrie

Die Entwicklung der Papiergarnindustrie.

Wie Pilze an warmen, feuchten Sommertagen aus der Erde schießen, so sind während der Kriegszeit die Papiergarnbetriebe im deutschen Wirtschaftsleben entstanden. Neben vielen Neugründungen sind vor allem die vor dem Kriege nur Textilstoffe verarbeitenden Betriebe zur Papiergarnherzeugung übergegangen. Kartelle sind entstanden, die gegenwärtig den ganzen Papiergarnmarkt beherrschen. Finanzleute aller Richtungen haben die Patente bei diesen industriellen Kriegsgewinnen übernommen und durch einen reichen Geldzufluß für die Lebensfähigkeit derselben gesorgt.

Weit über den Bereich der eigentlichen Papiergarnherzeugung hinaus reicht die Macht der interessierten Kapitalisten. Bis tief in die Kreise der Spinnpapierherzeuger ist der Einfluß der organisierten Papiergarnindustriellen gedrungen. Lebensunfähigen Papierfabriken, die vor dem Kriege die Rentabilität der Papierherzeugungsindustrie unliebsam belasteten, sind durch die Finanzmacht der Papiergarnindustrie zu lebensfähigen Zweigen am Baume der deutschen Papierindustrie geworden. Aber auch die größten und leistungsfähigsten Betriebe der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie sind sonst und lautlos in die Arme der Papiergarnindustriellen gegliedert. Darüber hinaus haben es die Mäcker der Papiergarnindustrie aber auch verstanden, den Verkauf der Garne regelrecht zu organisieren. Neben den bereits bestehenden Verkaufvereinigungen in fast allen Gauen Deutschlands haben sich vor einigen Wochen auch die rheinisch-westfälischen Papiergarnbetriebe

Zusammengeschlossen. Etwa 40 der bedeutendsten Webstoffbetriebe Rheinlands-Westfalens haben sich in Duisburg in der „Rheinisch-Westfälischen Papiergarn-Gesellschaft“, die mit einem Stammkapital von 70 000 Mk. gegründet wurde, zusammengeschlossen, um den gemeinsamen Spinnpapierverkauf und den gemeinsamen Vertrieb ihrer Erzeugnisse zu organisieren.

Die Macht dieser und der in den andern Landesteilen Deutschlands schon bestehenden Interessengruppen wird selbstverständlich auch auf die Regulierung der Höchstpreise nicht ohne Einfluß bleiben. Außerdem waren bisher 20 Prozent der Papiergarnherzeugung für den freien Handel freigegeben, bei denen Erzeuger und Verkäufer an die Höchstpreise nicht gebunden waren. Das Geschäft mit dieser Menge scheint denn auch recht rentabel zu sein, weshalb die Papiergarnindustriellen in einer Eingabe an die zuständige Reichsstelle die Freigabe größerer Mengen für den privaten Handel fordern. Trotzdem der neue Artikel in den einzelnen Betrieben noch mit technischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sind die Ergebnisse der Aktiengesellschaften nur wenig hinter der Höhe der letzten Friedensjahre zurückgeblieben. Einzelne Betriebe, wie Clabiez in Urdorf, die das Problem der Papiergarnherzeugung und -verarbeitung schon zur Friedenszeit gelöst hatten, konnten während der Kriegszeit schon Dividenden bis zu 30 Prozent verteilen. Vorläufig haben die verschiedenen Betriebe die technischen Schwierigkeiten noch nicht ganz überwunden. In einzelnen Fabriken scheinen dieselben sogar recht erheblicher Natur zu sein. In der „Frankfurter Zeitung“ schätzte vor kurzem ein Textilindustrieller die Ausschussverluste beim Schneiden und Drehen der Papierfäden auf 20 bis 30 Prozent, der sich durch den Ausschuß bei der Weiterverarbeitung bis zu 45 Prozent erhöht. „Große Produktionsstätten von Papierfäden liefern auf 2 Waggons Papiergarn 1 Waggon Papierabfall“. Dieser Papierverschwendung, die, nebenbei bemerkt, während der zur Zeit herrschenden Papierknappheit besonders schwer ins Gewicht fällt, suchen die Maschinenfabriken durch technische Verbesserung der Rollenschneide- und Spinnmaschinen abzuwehren. Da ein großer Teil der Textilindustriellen mit der Beibehaltung der Papiergarne, besonders in der Futeindustrie, auch noch nach dem Kriege rechnen, werden sie sich auch jede technische Neuerung willig zunutze machen.

Bei dieser Gelegenheit soll auch die vielverbreitete Ansicht richtiggestellt werden, daß es der deutschen Papiergarnindustrie möglich sei, ihre gesamten Rohstoffe auf heimal. Boden zu gewinnen. Vor dem Kriege bearbeitete die deutsche Textilindustrie jährlich für zirka 90 Millionen Mark Rohjute, die fast ausschließlich aus Britisch-Indien bezogen wurde. Außerdem wurden noch für 29 Millionen Mark Bastfasern eingeführt. Für die aus diesem Rohmaterial hergestellten Erzeugnisse bietet das Papiergarn einen wertvollen Ersatz, der wahrscheinlich auch nach dem Kriege seine Bedeutung beibehalten wird. Zur Zeit werden nach sachmännischen Berechnungen bereits über 40 Millionen Kilogramm Papiergarne hergestellt. Den Rohstoff zu diesen Papiergarnen liefert zur Zeit die deutsche Forstwirtschaft, aus deren Fichtenwaldbeständen die Zellstofffabriken das Holz zur Erzeugung von Zellstoff beziehen, aus dem dann in den Papierfabriken das Spinnpapier hergestellt wird. Von den Verteilern der Papiergarnindustrie wird nun immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß der deutschen Volkswirtschaft infolge der Papiergarnherzeugung alle die gewaltigen Summen erspart bleiben, die vor dem Kriege für Rohjute, Bastfasern und sonstige Textilstoffe an das Ausland abgeführt wurden. Diese Behauptung ist natürlich nur bedingt richtig, da die deutsche Forstwirtschaft auf die Dauer gar nicht in der Lage ist, die deutsche Papierstoffindustrie ständig ausreichend mit Holz zu versorgen, selbst dann noch nicht, wenn der Anbau von Fichtenholz systematisch gefördert wird.

Die deutsche Forstwirtschaft war schon vor dem Kriege nicht in der Lage, die Holzstoff- und Zellstoffindustrie ausreichend mit Papierholz zu versorgen; das beweist doch am besten die Einfuhr von 1 284 873 Tonnen Papierholz aus dem Auslande, vorwiegend aus Rußland. Selbst dann, wenn die deutsche Papiermacherei nach dem Kriege ihre Absatzmärkte im alten Verhältnis in der kommenden Friedenszeit nicht wieder erringen sollte, würde, vorausgesetzt, daß die Papiergarnindustrie in Blüte bleibt, Deutschland nicht, in der Lage sein, das benötigte Papierholz zu liefern und deshalb nach wie vor auf die Einfuhr von Papierholz angewiesen sein. Die Schlussfolgerung daraus ist die, daß die deutsche Volkswirtschaft zwar weniger Geld für Textilrohstoffe an das Ausland abzuführen braucht, dafür aber desto mehr für eine vermehrte Einfuhr von Papierholz aufwenden muß. Aus diesem Grunde dürften die angeblich ersparten Summen recht gering sein.

Trotzdem kann es der deutschen Volkswirtschaft nicht gleichgültig sein, ob die Papiergarnherzeugung nach dem Kriege auf dem schnellsten Wege wieder verschwindet oder teilweise dauernd erhalten bleibt. Zweifellos hat die Einrichtung der Papiergarnbetriebe und der Umbau bestehender Fabrikationszweige der Textilindustrie recht ansehnliche Summen Geld verschlungen, die durch einen erneuten Umbau zur alten Friedenswirtschaft noch erhöht würden. Aber auch vom Standpunkte der deutschen Arbeiterschaft kann ein baldiges Verschwinden der Papiergarnindustrie nach dem Kriege nicht begrüßt werden. Die Wiedergewinnung der Absatzmärkte, besonders im feindlichen Auslande, dürfte für die deutsche Papierstoffindustrie nur langsam vor sich gehen, wobei es immer noch fraglich bleibt, ob der alte Stand überhaupt noch jemals erreicht wird, da durch die lange Kriegsdauer das Ausland sich nach Möglichkeit von den deutschen Erzeugnissen unabhängig gemacht hat, teilweise durch die Errichtung von Fabriken, teilweise aber auch durch den Bezug von Papier und Zellstoff aus andern Staaten. So wird wahrscheinlich noch lange nach dem Kriege die skandinavische und finnische Papierindustrie den europäischen Weltwirtschaftsmarkt mit ihren Erzeugnissen beherrschen. Im fernem Osten aber ist die junge japanische Maschinenpapierindustrie nicht müde gewesen, den chinesischen Papiermarkt zu erobern und sich selbst in Rußland neue Absatzgebiete zu eröffnen. Unter diesen Verhältnissen würde ein baldiges Eingehen der Papiergarnindustrie nach dem Kriege für die Arbeiterschaft der Papier- und Zellstoffindustrie große Arbeitslosigkeit im Gefolge haben.

Aber auch für einen Teil der heutigen Papiergarnarbeiter ist diese Frage bedeutsam. Nach sachmännischen Schätzungen beschäftigt die Papiergarnindustrie zur Zeit über 20 000 Personen. Diese Zahl dürfte sich bei einer noch längeren Fortdauer des Krieges bedeutend erhöhen, zumal noch täglich neue Betriebe gegründet und alte zur Papiergarnherzeugung umgestellt werden. Ein ganzer Teil dieser Arbeiter besteht nicht aus früheren Textil-

arbeitern, sondern ist während der Kriegszeit in der Papiergarnindustrie erst angelehrt worden, wie denn der Krieg mit seinen traurigen Folgen für die einzelnen Familien verheerende weiblische Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt geworfen hat. Diese Arbeiterschaft dürfte ebenfalls beim Verschwinden der Papiergarnindustrie mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, die nur durch einen schrittweisen Uebergang von der Kriegszeit in die Friedenswirtschaft gemildert werden könnte. Wahrscheinlich wird durch den Mangel an Schiffsraum nach dem Kriege die Einfuhr von Textilrohstoffen nur langsam vor sich gehen, so daß der Abbau der Papiergarnfabrikation ebenfalls nur schrittweise erfolgt, was im Interesse der beteiligten Arbeiter nur zu begrüßen sein würde.

Verschiedene Industrien

Neue Besen kehren gut!

Seit einiger Zeit hat sich die Firma F. A. Herold in Westerkäusen einen neuen Betriebsleiter zugelegt. Dieser neue Herr, Dettli ist sein Name, sieht seinen ganzen Ehrgeiz darin, in dem Betriebe neue Verhältnisse zu schaffen. Dabei gebraucht der gute Mann den Arbeitern gegenüber Ausdrücke, die zwischen gebildeten Menschen nicht Brauch sind. Die Arbeiter klagen darüber, daß der neue Mann sich nur allzu gern zu Beleidigungen, wie Faulenzer, faule Gesellschaft usw., hinreißt. Selbstverständlich zeigen auch die Arbeiter, die teilweise schon jahrelang im Betriebe tätig sind und während dieser Zeit schon manchen Betriebsleiter haben kommen und wieder verschwinden sehen, recht wenig Neigung, sich diese Behandlung gefallen zu lassen. Die Folgen davon sind dann Beschwerden der Arbeiter über ihren neuen Betriebsleiter bei dem Inhaber der Firma.

Herr Herold, der Inhaber der Firma, der von der Arbeiterschaft als ein humaner und friedliebender Unternehmer bezeichnet wird, hat das Bedürfnis nach Ruhe in seinem Betriebe, weshalb er einem Arbeiterausschußmitglied den Wunsch äußerte, es möchte ein Verbandsvertreter kommen, mit dem er über die Beschwerden unterhandeln könne. Diefem Wunsch wurde von seiten unserer Gauleitung natürlich recht gern entsprochen und nach zweimaligem Briefwechsel der 7. August als Unterhandlungstag bestimmt. Pünktlich um 9 Uhr vormittags war der Verbandsvertreter im Bureau der Firma. Herr Herold hatte es aber vorgezogen, eine halbe Stunde früher abzureisen. Trotzdem kam eine Aussprache zustande, an der als Vertreter der Firma der Prokurist, Herr Bubenheim, und der Betriebsleiter Dettli teilnahmen, zu der dann auch der Arbeiter- und Soldatenrat der Firma sowie die Meister und die Meisterrin hinzugezogen wurden. Selbstverständlich hatten auch die Vertreter der Firma ein Sündenbündel der Arbeiter fertiggestellt, durch welches das Vorgehen des Herrn Betriebsleiters gerechtfertigt werden sollte. Wenn auch zugegeben werden darf, daß sich verschiedene Arbeiter nur schwer in die Rolle eines „Industriekritikers“ finden, so berechtigt das noch lange nicht, die Arbeiter zu beleidigen. Eigentümlicherweise sind die Arbeiter, die nach der Ansicht des Herrn Dettli faulenzten, fast alle organisierte Arbeiter, und ebenso eigentümlich war das Geständnis der anwesenden Meister und der Meisterrin, die auf Befragen des Verbandsvertreters erklärten, daß mit einer einzigen Ausnahme, sie mit den Leistungen der betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen sehr zufrieden seien.

Die Abneigung gegen seine Arbeiter führt den Betriebsleiter Dettli zu Schlussfolgerungen, die im Interesse eines friedlichen Zusammenarbeitens vermieden werden sollten. So behauptete Herr Dettli, die Arbeiterschaft hätte aus Mache die Aborttür mit Gewalt demoliert, ohne dafür auch nur den geringsten Beweis in Händen zu haben. Nach der Ansicht mehrerer Arbeiterausschußmitglieder kommen bei dieser Verhöhnung die Arbeiter nicht in Frage. Vielmehr vermuten dieselben einen Streich der gefangenen Franzosen, da durch die Arbeiterschaft vor längerer Zeit einmal beobachtet wurde, wie ein Gefangener absichtlich mit einem Stein das Glasdach zertrümmerte. Den Rat des Prokuristen Bubenheim, die Gefangenen in solchen Fällen regelrecht zu verprügeln, lehnten die Arbeiterausschußmitglieder entschieden ab, da ihrer Ansicht nach die Militärbehörden die berufenen Richter sind und nicht der Arbeiterausschuß.

Durch die Verarbeitung von Erbstoffen entstehen bei der Fabrikation oftmals Schwierigkeiten. Erlaubt sich dann ein Arbeiter dem Herrn Betriebsleiter Vorwürfe zu machen, die nach der Ansicht des Arbeiters geeignet sind, den Unbeliebten zu bekehren, so faßt Herr Dettli das Vorgehen des betreffenden Arbeiters als eine „Anmaßung“ auf, die gerügt werden muß. In Wirklichkeit liegt es aber so, daß selbst der tüchtigste Betriebsleiter nicht in der Lage ist, den Gang einer jeden Maschine zu kennen, dazu bedarf es einer oftmals monatelangen praktischen Tätigkeit an der Maschine. Einrichtige Betriebsleiter freuen sich deshalb, wenn von der Arbeiterschaft Verbesserungsvorschläge gemacht werden, um dieselben auf ihre praktische Durchführung ausprobieren zu können.

Nach fast dreiwöchiger Verhandlung wurde der gestörte „Burgfriede“ dadurch wieder hergestellt, daß der Arbeiterausschuß sich bereit erklärte, auf die Arbeiterschaft einzuwirken, daß dieselbe sich den Bestimmungen der Fabrikordnung anpaßt. Herr Dettli aber wurde nahegelegt, seine Gereiztheit gegenüber der Arbeiterschaft aufzugeben und nicht jede Neuerung der Arbeiterschaft als eine „Aufreizung“ gegen seine „Autorität“ aufzufassen. Mit diesen Vorschlägen erklärten sich beide Teile im Interesse einer friedlichen Zusammenarbeit einverstanden. Nachdem von den Vertretern der Firma auch noch einige Angelegenheiten gemacht wurden wegen der Regelung des Sonnabendspülgeschlusses, der Lohnaufbesserung für einige Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Auszahlung des Krankengeldes glaubten die Arbeiter, daß der Konflikt zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt sei.

Am 10. erkrankten waren die Arbeiter, als sie nach einigen Tagen einen Anschlag der Firma gewahrten, der zu den Friedensbereuerungen der Firmenvertreter in traurigen Widerspruch steht und von der Arbeiterschaft als eine neue Kriegserklärung aufgefaßt werden muß. Da dieser Anschlag wert ist, als ein Produkt kampflustiger Herren auch der Nachwelt erhalten zu werden, da sein Wortlaut hier wiedergegeben:

„Meinen Arbeitern und Arbeiterinnen zur Kenntnis, daß Herr Betriebsleiter Dettli von mir die Vollmacht erteilt ist, den Betrieb nach seinem eigenen Ermessen zu führen und alle Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und geregelter Arbeit erforderlich sind. Herr Dettli hat das Recht, Arbeiter zu kündigen und einzustellen. Beschwerden gegen Herr Dettli sind auszuheben, denn Herr Dettli hat mein volles Vertrauen. Er hat Erfahrung und Menschenkenntnis. Er wird nichts Unrechtes von Ihnen verlangen, dagegen verlange ich von Ihnen, daß Sie Herrn Dettli mit Aufricht und der ihm als Vorgesetzten zukommenden Achtung entgegenkommen und seine Anordnungen willig und freudig befolgen. Sollte der Geist des Widerstandes durch diesen Aufruf nicht zum Besseren bekehrt werden, so werde ich die legenden und sinnlos waltenden Elemente mit eisernen Besen auslesen und nur willige, brave und anständige Leute behalten, resp. neu einstellen.“

Dieser Erlaß zeigt so wenig Einigkeit und Menschenkenntnis, daß die Arbeiterschaft in Zweifel ist, ob der Firmeninhaber seine Hand dabei im Spiele hat, zumal Herr Herold alle Beschwerden der Arbeiter, die ihm persönlich vorgetragen werden konnten, in sehr vornehmem Sinne erledigte. Die Arbeiter vermuten vielmehr, daß dieser Erlaß ein Produkt des Prokuristen Bubenheim und seines Adjutanten Dettli ist. In dieser Ansicht werden sie noch dadurch bestärkt, daß Herr Bubenheim seit einigen Tagen in „Urlaub“ gegangen ist und durch den alten Prokuristen, mit dem die Arbeiter immer friedlich zusammen arbeiteten, ersetzt wurde. Auf jeden Fall ist Herr Herold gut, sich zu dem Erlaß zu äußern, damit die Arbeiterschaft weiß, ob die neue „Putschgewalt“ mit jener Zustimmung Herrn Dettli übertragen worden ist. Leider scheint der brutale Geist des Anschlages schon Folgen zu tragen. Vier „verbelebende Elemente“, darunter ein Arbeiterausschußmitglied, haben plötzlich ihre Erziehung zum Heresendienst erhalten. Die Arbeiterschaft bringt diese Tatsache mit dem „eisernen Besen“ in Verbindung.

So wenig wir die Erfahrungen des Herrn Dettli auf bestimmten Gebieten in Frage stellen, so wenig sind wir von der Vollkommenheit seiner Menschenkenntnisse überzeugt. Kein erfahrener Mensch wird in einem in Gesichts bezüglichen Brandherd Del Gesichts, um die Flammen von neuem aufzubreiten zu lassen. Die Verfasser dieses Anschlages aber haben diese Undorftigkeit begangen. Der Anschlag ist sicher nicht geeignet, die Folgen der Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft zu beseitigen. Wohl aber ist er geeignet, die Empörung der Arbeiterschaft von neuem aufzukommen zu lassen. Ob aber dann der „eisernen Besen“ noch seinen Dienst verricht,

das kann billigerweise bezweifelt werden. Die Arbeiterschaft weiß recht gut, daß neue Besen gut lehren, denn noch jeder neue Betriebsleiter hat einen derartigen Besen mitgebracht. Vermünftigerweise haben bisher die Betriebsleiter ihre Besen bald in die Ecke gestellt und sich mit der Arbeiterschaft auf dem Wege der Verständigung geeinigt. Dieser Weg ist auch Herrn Dettli dringend zu empfehlen, wenn er nicht will, daß sein „eiserner Besen“ Spuren hinterläßt, die auch dem Besenführer keine große Freude bereiten dürften.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

25 Jahre deutscher Steinsegerverband.

Am 1. und 2. August 1892 fand in Stettin der dritte Verbandstag des „Zentralverbandes der vereinigten Steinseger in Deutschland“ statt. Auf diesem Verbandstage wurde die bis dahin noch durchaus zünftlerische Vereinigung der Steinseger in eine moderne gewerkschaftliche Organisation umgestaltet. So wurde dieser Verbandstag zugleich der erste des heutigen Verbandes der Steinseger, Pflasterer und Berufs-genossen Deutschlands.

Mit dem Verbandstage waren selbstverständlich die inneren Widerstände nicht überwunden. Nahezu ein ganzes Jahrzehnt dauerte es noch, ehe die Zünftlerei auch innerlich als überwunden angesehen werden konnte. Hinzu kam eine beispiellos schlechte Geschäftslage, die dem jungen Verband die Erfüllung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben recht schwer machte. Dann aber ging es mit Riesenschritten vorwärts und aufwärts. Abgesehen von den Buchdruckern und einzelnen andern Berufsgruppen war der Verband der Steinseger einer der ersten, der das Tarifwesen auf eine ziemlich hohe Stufe der Entwicklung gebracht hat, so daß man sich vor dem Kriege schon lebhaft mit der Frage des Reichstaxtarifs beschäftigte. Daß sie noch nicht gelöst wurde, liegt lediglich an der Zerplitterung der Unternehmersonorganisation. Die Löhne haben in dieser Zeit eine Erhöhung um 100 bis 150 Prozent erfahren, ja in den jüngeren Organisationsgebieten beträgt sie bis zu 200 Prozent, da diese bei ihrer Erschließung sprunghaft nachgekommen sind. Auch an dem Gebiete des sanitären Arbeiterzuges hat der Verband Vorbild geleistet; er hat dafür auf der Weltausstellung in Brüssel die Goldene Medaille erhalten. Das alles konnte der Verband nur leisten, weil er seine Mitglieder zu einem hohen Grade der Opferwilligkeit erzog hat; er hat mit die höchsten Beiträge von allen Gewerkschaften. So hat der Verband auch auf dem Gebiete des Unterstützungswesens — nicht zum wenigsten in der Kriegszeit — Leistungen aufzuweisen, die sich sehen lassen können. Besonders aber auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes hat der Verband die allerschwersten Proben glänzend bestanden. Es hat Zeiten gegeben, in denen mehr als ein Drittel seines gesamten Mitgliederbestandes monatelang in Streiks und namentlich in Aussperrungen verwickelt war, bei denen Unternehmern und Behörden — als Auftraggeber! — in trauertester Harmonie gegen den Verband gekämpft haben. Doch alles das hat den Verband an seinem Aufstieg nicht zu hindern vermocht; gemessen an der Zahl der Berufsangehörigen ist er eine der stärksten Organisationen geworden. Der Krieg hat in diese Entwicklung mit rauher Hand eingegriffen. Da der Beruf gesunde und kräftige Arbeitskräfte erfordert, so ist naturgemäß die Zahl der zum Kriegsdienst berufenen Mitglieder eine besonders hohe.

Auf dem Verbandstage vor 25 Jahren wurde auch der Genosse A. Knoll als Vorsitzender gewählt und er hat in dieser langen Zeit den Verband als Vorsitzender und Redakteur mit festerem Auge und fester Hand durch alle Klippen geführt, so daß ihm am Jubiläumstage von allen Mitgliedern in der Heimat und im Felde die aufrichtigsten Glückwünsche und Dankesbezeugungen entgegengebracht wurden.

Die aus Anlaß des Jubiläums herausgegebene Festsammlung des Verbandsorgans ist außerordentlich gut mit lehrreichen Beiträgen von älteren und jüngeren sowie auch im Felde befindlichen Kollegen ausgestattet. Sie ist ein treffliches Spiegelbild gewerkschaftlicher Vormärts- und Aufwärtsbewegung, den Alten zur fremdigen Erinnerung, den Jungen zur eifrigen Nachahmung gewidmet.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1916.

Die amtliche Statistik der Streiks und Aussperrungen des Jahres 1916 ist soeben als Band 232 der Statistik des Deutschen Reiches erschienen. Wenn auch die offizielle Streikstatistik auf wesentlich andern Grundlagen beruht als die gewerkschaftliche, und daher auch stets zu andern Resultaten führt, so verdienen ihre Resultate doch Beachtung, da sie ja zum mindesten die Entwicklung der Bewegung im Vergleich zu den Vorjahren richtig widerspiegelt.

Das Jahr 1916 hat wieder eine Zunahme der Arbeitskämpfe gebracht, nachdem diese mit Kriegsbeginn außerordentlich eingeschränkt waren. Es wurden in ihm 240 Streiks mit 124 183 Beteiligten gezählt, darunter 225 Angriffs- und 15 Abwehrstreiks. Aussperrungen fanden keine statt. Dagegen hatten die fünf Kriegsmonate 1914 26 Streiks mit 2084 Beteiligten und das Jahr 1915 137 Streiks und 4 Aussperrungen mit 124 188 Beteiligten aufzuweisen. Freilich war auch im letzten Jahre die Friedensziffer noch nicht annähernd erreicht, da im Jahre 1913 2127 Streiks und 337 Aussperrungen mit 311 048 beteiligten Personen amtlich gezählt wurden.

Zufriedlich lagen aber die Verhältnisse im abgelaufenen Jahr bedeutend günstiger, als es bei einem Vergleiche der beteiligten Personen scheinbar könnte. Der wirkliche Umfang der Arbeitskämpfe wird gekennzeichnet durch die Zahl der verlorenen Arbeitstage, die das Produkt aus der Anzahl der beteiligten Arbeiter und der Dauer der Arbeitskämpfe in Tagen bei den einzelnen Streitigkeiten darstellt. Im Jahre 1913 wurden 11 190 495 Tage durch Arbeitsstreitigkeiten verloren; 1914 sank die Summe auf 2 813 895, im ersten vollen Kriegsjahr 1915 auf 45 511, um im letzten wieder auf 245 404, d. i. etwa den vierzigsten Teil der Friedensziffer zu steigen.

Den größten Umfang hatten die Arbeitskämpfe in der Gruppe Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw., also derjenigen Gruppe, die im wesentlichen die Kriegsinstrumente umfaßt. Auf sie entfielen 65 081 oder 52,4 Prozent, d. i. mehr als die Hälfte aller überhaupt Streiktagen. Es folgt die Gruppe Bergbau mit 41 166 oder 33,6 Prozent der Streiktagen, so daß also diese beiden Gruppen allein 88 Prozent aller Streiktagen umfassen. Die übrigen Gruppen waren alle nur mit kleineren Ziffern beteiligt.

Was den Ausgang der Arbeitskämpfe anbelangt, so war dieser nach der amtlichen Darstellung, die aber in dieser Beziehung mit Vorsicht aufzunehmen ist, kein sehr günstiger. Nur 2,4 Prozent der Streikenden hatten einen vollen Erfolg; 55,1 Prozent wußten sich mit einem teilweisen Erfolg begnügen, während 42,5 Prozent überhaupt erfolglos gekämpft hatten. Im vorhergehenden Jahre waren die Verhältniszahlen 12,0, 51,7 und 36,3 Prozent, also wesentlich günstiger. Die Mehrzahl der Kämpfe wurde natürlich um Erhöhung der Löhne geführt.

Ausland.

Fortschritt unseres Bruderverbandes in Dänemark.

Unser dänischer Bruderverband (Dansk Arbejdsmands Forbund) hat sich im Jahre 1916 recht erheblich entwickelt. Zu Beginn des Jahres hatte er 46 076 Mitglieder, eine für das kleine Dänemark sehr hohe Zahl. Dabei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Verband ein verhältnismäßig weit größeres Rekrutierungsgebiet hat als unser Verband in Deutschland. Er ist nämlich zuständig für die ungelohnten Arbeiter in den weissen Industriezweigen, zum Beispiel Metallindustrie, Holzindustrie und so weiter. Wie die monatlichen Ausweise über die Mitgliederbewegung zeigen, stieg die Mitgliederzahl mit einer Ausnahme in jedem Monat. Am Ende des Jahres 1916 waren 51 885 Mitglieder vorhanden, also 5089 mehr als am Jahresanfang. Das ist ein recht gutes Wachstum, dessen Fortdauer wir unsern dänischen Freunden nur wünschen können.

Abbau des Achtstundentages in Amerika? — Mißverständnisse und ihre Folgen.

In den Vereinigten Staaten besteht ein Gesetz, nach dem Privatunternehmer, die Staatsaufträge ausführen, die dabei beschäftigten Arbeiter nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigen dürfen.

Der Eintritt Amerikas in den Krieg hat nun zur Folge, daß ein sehr erheblicher Teil der Industrie, vor allem der Rüstungsindustrie, für Staatsaufträge in Anspruch genommen und infolgedessen auf den Wirtschaftsauftrag verpflichtet wird. Dagegen räumen jetzt die Unternehmer, die fordern Aufhebung des Gesetzes und begründen ihre Forderung damit, daß 88 Prozent der Fabriken in den Vereinigten Staaten länger als acht Stunden arbeiten, jetzt aber bei der Ausdehnung der Staatsaufträge gezwungen sein würden, plötzlich zum Achtstundentag überzugehen und daß dadurch die Produktion erheblich geschädigt werden würde. Der „Wacht“ dieser Gründe hat sich, wie die I.K. mitteilt, selbst Gompers (der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, soviel wie uns der Vorsitzende der General-Kommission der Gewerkschaften) nicht verschlossen. Er hat für den amerikanischen Gewerkschaftsbund die Erklärung abgegeben, daß er bereit sei, auf die Achtstundentagsklärung zu verzichten, wenn der Präsident in jedem einzelnen Falle das Unternehmen ermächtigt, auch bei der Ausübung von Regierungsarbeit länger als acht Stunden zu arbeiten. Dem Kongress soll ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der den Präsidenten ermächtigt, in den Fällen, in denen es seiner Meinung nach notwendig ist, die Uebertretung des Achtstundentags-Gesetzes zuzulassen.

Nicht klar ist die Meldung nicht. Unseres Erachtens kann auch in Amerika ein Gesetz nicht außer Kraft gesetzt werden dadurch, daß der Leiter der Gewerkschaften auf seine Durchführung verzichtet. Vielleicht aber der Kongress die Annullierung des Gesetzes, so wird der „Verzicht“ der Gewerkschaften überflüssig. Vielleicht liegt hier wieder einer der nicht gerade seltenen Fehler in der telegraphischen oder in der telegraphischen Uebersetzung vor.

Bei dieser Gelegenheit sei an einem Beispiel gezeigt, zu welchem, sagen wir einmal milde Nichtsnützigkeiten, Fehler bei der Uebersetzung von mündlichen oder schriftlichen Äußerungen aus dem Ausland führen können. Am 10. Juni d. J. meldete das Wolffsche Depeschens-Bureau, der bekannte französische Sozialdemokrat Renaudel habe in der französischen sozialistischen Zeitschrift „L'Humanité“ geschrieben: „Wenn der Sieg nicht die Niederdrückung, Verhinderung und Vernichtung des deutschen Volkes ist, dann fürchten wir, daß der Friede niemals kommt.“ Diese Meldung war ein gesundenes Freisetzen für alle diejenigen, die sich ein Geschäft daraus machen, weiten Kreisen Angst vor dem Frieden einzuwirken. „Seht, so schreiben französische Sozialisten!“ „Können, dürfen wir da von Frieden reden?“ „Nein! Als die Hand ans Schwert und draufgeschlagen, bis die Feinde am Boden liegen.“ Daneben wurde dann — nach sehr altem Muster — den deutschen Sozialdemokraten der Text gegeben, die für den Verteidigungsstreifen schwärmen, während die französischen Genossen von Verschmäherung und Vernichtung träumen.

Jetzt vier Wochen nach der ersten Meldung, teilt Wolffs Bureau mit, daß Renaudel das genaue Gegenteil geschrieben hat; nämlich: „Wenn der Sieg die Niederdrückung, Verhinderung und Vernichtung des deutschen Volkes ist, dann fürchten wir, daß der Friede niemals kommt.“ Der unzutreffenden ersten Nachricht lag ein bedauerlicher Fehler in der telegraphischen Uebersetzung zugrunde — heißt es in der berichtenden Meldung; daß dieser Fehler unermesslichen Schaden angerichtet hat — wer kann dafür?

Berichte aus den Zahlstellen.

Egeln. Die Wirkungen der neuen Novelle zum Kaltegesetz haben bei den Heiligen in der Kali-Industrie beschäftigten Arbeitern den Organisationsgedanken belebt. Der Bergarbeiter-Verband, sowie auch unsere Organisation haben eine ständige Anzahl von Reklamationen zu verzeichnen. In den Kreisen der Kollegen bricht sich die Ansicht Bahn, daß die Forderung der Vereinsinteressen eine dringliche Aufgabe der Zeit ist. Die bei Aenderung des Kaltegesetzes festgelegten Lohnerhöhungen sind von den heiligen Kalifaktoren im allgemeinen geachtet worden. Allerdings bestehen noch einige Unstimmigkeiten, die bei der nächsten Lohnzahlung ausgleichend, eventuell durch Vermittlung des Arbeiterausschusses geregelt werden sollen.

Am Sonntag, dem 19. August, tagte in den „Drei Kronen“ eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung, in welcher der Gauleiter Kollege Großmann über: „Unsere zukünftigen gewerkschaftlichen Aufgaben“ referierte, wobei er besonders die für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft erforderlichen Maßnahmen behandelte. Sodann wurde auf Antrag der Ortsverwaltung einstimmig beschlossen, vom 1. September an einen wöchentlichen Lokaleintrag von 5 Pf. zu erheben. Nach Erörterung einiger Fragen der Lohnberechnung nach den Bestimmungen des Kaltegesetzes schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß auch fernerhin eine rege Anteilnahme an gewerkschaftlichen Leben bei den Kollegen platzgreifen möchte.

Hamburg. In der Privatdruckerei Hamburgs, die zum Teil auch mit Kriegsaufträgen versehen ist, werden heute noch Löhne gezahlt, die keineswegs den Lebensverhältnissen entsprechen. In einer Reihe von Betrieben gehen sie herab bis auf 30 Mk. pro Woche für erwachsene Arbeiter. Schlimmer noch steht es mit den Löhnen der Arbeiterinnen aus. 10 bis 12 Mk. werden an ledige Arbeiterinnen und 13,50 Mk. an verheiratete pro Woche gezahlt, und das in Industriezweigen, die infolge der hohen Preise, welche auf dem Warenmarkt erzielt werden, sehr wohl in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen. Aufgepeinert durch die fortgesetzte wucherische Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel rühren sich nunmehr auch die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Betrieben. Selbst die, die bisher abweisend standen und immer meinten, es wüßte ja doch nichts, wenn man den Verdienst beizubehalten, kommen jetzt, um mit Hilfe der Organisation einen besseren Ausgleich zwischen Lohnverhältnissen und Ausgaben zu erzielen. Nachstehenden Firmen wurden, teils durch die Organisationsleitung, teils durch die Arbeiterausschüsse — nach vorheriger Rücksprache mit der Betriebsleitung, Forderungen auf Erhöhung der Löhne unternommen, die auch zu einer wesentlichen Aufbesserung derselben führten.

Die Firma Norddeutsche Konjunkturfabrik, G. m. b. H., wurde bereits der Betriebsleitung folgende Verbesserungen gewährt: Ledigliche Arbeiter erhalten pro Tag 5 Mk., Arbeiter über 18 Jahre 6,80 Mk., verheiratete durchschnittlich um je 20 Pf. bis zum Höchstlohn von 1,50 Mk. Arbeiterinnen unter 17 Jahren erhalten 38 Pf. pro Stunde, solche über 17 Jahre 40 Pf., verheiratete durchschnittlich um je 2 Pf. bis zum Höchstlohn von 5 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden erhalten Arbeiter pro Stunde 90 Pf., Arbeiterinnen 10 Pf. Aufschlag. Für Sonntagsarbeiten erhalten die Arbeiter, wenn die Arbeit drei Stunden nicht übersteigt, 3 Mk., Arbeiterinnen 2 Mk. Wird länger als drei Stunden gearbeitet, so erhalten Arbeiter pro Stunde 1 Mk., Arbeiterinnen 65 Pf. Die Wochenlöhne der Arbeiter betragen nunmehr 40 bis 45 Mk., die der Arbeiterinnen 24 bis 27 Mk.

Die Arbeiter der Chemischen Werke Reichert in Hildesheim erhalten eine Erhöhung ihrer Stundenlöhne um 10 Pf. Die Arbeiterinnen gingen herab um bis auf zwei, die ebenfalls 10 Pf. pro Stunde erhalten. Der Wochenlohn der Arbeiter beträgt nunmehr 36 Mk. pro Woche, der Arbeiterinnen 16,50 Mk. pro Woche.

Die Firma Dr. Heinrich Braun u. Söhne, Kantinen- und Kaffeehausbesitzer in Hannover, gewährte den Arbeitern eine Erhöhung der Stundenlöhne von 35 Pf. pro Woche. Die Arbeiterinnen erhalten einen Wochenlohn von 35 Mk. pro Woche. Die Arbeiter erhalten einen Wochenlohn von 35 Mk. pro Woche. Die Arbeiterinnen erhalten einen Wochenlohn von 35 Mk. pro Woche.

Die Firma Leopold Brandt, Färberei und Wäscherei, gewährte nach eingehender Verhandlung mit der Betriebsleitung nachstehende Verbesserungen: Arbeiterinnen erhalten in der Färberei pro Stunde 4 Pf., in der Wäscherei 4 Pf. und sonstige Arbeiterinnen 38 Pf. pro Stunde. Die Arbeiter erhalten einen Wochenlohn von 45 Pf. Außerdem wurden die Arbeiterinnen der Färberei eine Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. pro Woche gewährt. Ueberstunden werden mit 10 Pf. pro Stunde vergütet. Der Wochenlohn der Arbeiterinnen beträgt pro Woche 3 bis 5 Mk.

Die Firma Verein deutscher Delfabriken erhöhte die Teuerungszulage für Arbeiter um 85 resp. 95 Pf. pro Tag. Der Gesamtwochenlohn der Arbeiter beträgt nunmehr 41,10 Mk.

Die Firma Beit u. Ko., Buch- und Steindruckfabrik, erhöhte die Teuerungszulage für die Arbeiter von 8 auf 10 Mk. pro Woche. Der Gesamtwochenlohn der Arbeiter beträgt jetzt 38 Mk. pro Woche.

Höningen. Es hat recht lange gedauert, bis die Organisation unter der Arbeiterchaft in der hiesigen chemischen Fabrik festen Fuß gefaßt hat. Anträge und Forderungen waren schon lange vorhanden, aber es gab zu viel Arbeiter, die da meinten, man könne den Beitrag für den Verband sparen und doch an den Erfolgen des Verbandes teilnehmen. Eine Rechnung, die nur selten stimmt. Sie stimmte auch hier nicht, weil unsere Kollegen es ablehnten, für andere immer die Lasten aus dem Feuer zu holen. Unter dem Druck der steigenden Lebenskosten fanden endlich immer mehr Arbeiter den Weg in den Verband. In kurzer Zeit stieg die Mitgliederzahl von 5 auf etwa 300. Sehr bald wurde die Ortsverwaltung und die Gauleitung bestärkt, eine Wohnbewegung einzuleiten. Als der Verband einigermaßen gefestigt war, wurden in Betriebsversammlungen die Forderungen beraten und dem auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gewählten Arbeiterausschuß zur Einreichung und Vertretung übergeben. Es kam zu Verhandlungen mit der Betriebsleitung, bei denen Lohn-erhöhungen von 5 bis 10 Pf. die Stunde erreicht wurden. Auch die Bezahlung von 12 Arbeitsstunden wurde zugesagt. Wennso, daß bei der Lebensmittelverteilung in Zukunft der Arbeiterausschuß die Aufsicht haben soll. Die Lohnaufbesserung beträgt zwischen 3 bis 6 Mk., im Durchschnitt 4,50 Mk. pro Woche für jeden Arbeiter. Das ist nicht ausreichend gegenüber der starken Steigerung der Unterhaltskosten, aber es ist in Anbetracht der schwierigen Umstände ein beachtenswerter Anfangserfolg. Es ist zu bedenken, daß die Arbeiterchaft hier noch sehr jung im Verbande und ein sehr großer Teil der Beschäftigten reklamiert ist. Auch wird vielfach versucht, die niedrigen Stundenlöhne durch überlanges Arbeiten auszugleichen. Es darf einfach nicht vorkommen, daß Arbeiter 100 bis 135 (!) Stunden in einer Woche arbeiten. Das kann kein Mensch aushalten, und das soll auch kein Arbeiter tun.

Aufgabe der Kollegen ist es nun, das Erreichte festzuhalten, dem Arbeiterausschuß das Mandat zu erteilen und für Aufklärung jener Elemente zu sorgen, die da glauben, eine Organisation ist nicht mehr nötig zu haben. Tatkräftige Unterstützung der Ortsverwaltung, die keine Mühe und keine Kosten scheut hat, um die Interessen der Mitglieder zu vertreten, gegenüber der Direktion sowohl als auch gegenüber den Kreis- und Gemeindebehörden. Diese Unterstützung ist dringend nötig und wird beim Übergang in die Friedenswirtschaft erst recht nötig sein. Denn dann müssen wir eine festgesetzte Organisation haben, die in der Lage ist, allen Verschlechterungsversuchen entgegenzutreten. Den Kollegen sei an Schluß dieser Betrachtung über unsere Lohnbewegung ans Herz gelegt, daß ein Arbeiter, der seine 10 Stunden gearbeitet hat, seinen Lohn verdient haben muß. Derjenige, der täglich bis zu 20 Stunden arbeitet, schädigt sich und seine Mitarbeiter, oder aber er betrügt die Fabrik und darf sich dann nicht wundern, wenn bei den Unterhandlungen die Direktion dem Bevollmächtigten erklärt, die Leute verdienen 6 bis 8 Mk. und schlafen bei der Arbeit. Darum weg mit dem Ueberstundenunwesen! Gelegte Arbeitszeit, angemessener Stundenlohn, menschenwürdige Behandlung, freie Arbeiter, keine Sklaven! Das sei unsere Parole für die Friedenszeit. Hoch die Organisation!

Köln. Am 5. August fand im Volkshaus unsere Generalversammlung statt. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Hertwig. Auch im zweiten Quartal hat die Zahlstelle gute Fortschritte gemacht. Obwohl nach der Explosion in Croisdorf uns mit einem Schläge 300 weibliche Mitglieder durch Abreise verloren gingen, war es uns noch im laufenden Quartal möglich, die Scharte wieder auszuweihen. Die Einnahmen der Hauptkasse gingen von 7631,75 Mk. auf 11.896,35 Mk. Die Ausgaben betrugen 2676,68 Mk., so daß der Hauptkassensaldo 7.220,07 Mk. gegen 4.019,98 Mk. im 1. Quartal überwiegen werden konnten. An Unterstützungen wurden gezahlt: Kronenunterstützung 774,95 Mk., Sterbegeld 210 Mk. und Unzulagegeld 80 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse stiegen von 6900,27 Mk. auf 10.508,86 Mk., so daß sich der Barkassensaldo von 4.019,98 Mk. auf 6.900,39 Mk. erhöht hat. Der Bestand der Lokalkasse betrug 1016,48 Mk.

Die Werbetätigkeit wurde auch in diesem Quartal mit vollem Eifer fortgesetzt. Es fanden statt: 5 Mitgliederversammlungen, 78 Betriebsversammlungen, 12 Vertrauensmännerversammlungen und viele Sitzungen anderer Art. Die Zahl der Reklamationen stieg von 1000 auf 1123; der Mitgliederbestand hat sich um 400 erhöht. Die Mitgliederzahl beträgt 1160 weibliche und 623 männliche, insgesamt 1783 Mitglieder. Zum Militär sind 820 eingezogen, so daß unter Einzurechnung der Eingezogenen der Friedensbestand um 703 überschritten ist. Der Markenverkauf stieg von 19.855 auf 25.635.

Nach günstiger scheint die Entwicklung im dritten Quartal zu werden. Die Zahl der Aufnahmen betrug bis zum 15. August schon 1227, so daß mit einer erheblichen Mitgliederzunahme gerechnet werden kann. Gegenwärtig sind 68 Kaffierer, davon 32 Frauen und Mädchen als Hilfskaffiererinnen tätig. Der Arbeitsnachweis wurde von 6 Firmen in Anspruch genommen. Vermittelt wurden 57 männliche und 255 weibliche, insgesamt 312 Personen.

Lohnbewegungen haben fünf stattgefunden, mit deren Ergebnis wir zufrieden sein können. Bei der Firma Fortier u. Grunberg, chemische Fabrik, wurde der Stundenlohn um 6 bis 8 Pf. erhöht und allen Arbeitern, die in wechselnder Schicht arbeiten, ein besonderer Zuschlag von 1 Mk. pro Schicht gewährt. Auch den Frauen und Mädchen wurden diese Zuschläge gezahlt.

Auf dem königlichen Artilleriedepot in Köln, wo über 4000 Personen beschäftigt sind, hatte unsere Eingabe einen vollen Erfolg. Die beantragte Lohnsteigerung von 1 Mk. pro Tag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen wurde bewilligt und auch die gewünschte Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabendnachmittag (Schluß laut um 6 Uhr um 4 Uhr) eingeleitet. Ferner wurde auch allen denjenigen Personen, die einen Haushalt zu führen haben, jede Woche 6 Stunden bei voller Bezahlung zum Einkauf von Lebensmitteln gewährt. Für die große Zahl der verheirateten Frauen ist diese Einrichtung freudig begrüßt worden. Wegen einer Reihe sonstiger Wünsche, wie allgemeine Gewährung der Familienbeihilfen, Vergütung des Jahrgeldes und Beendigung der Arbeitszeit um 5 Uhr, sind noch Verhandlungen mit dem Kriegsamte im Gange.

Einem ansehnlichen Erfolge hatten auch die Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Kalkammpmittel-Depot in Köln, Pöhl u. Zellwies. Der Tagelohn wurde um 1,08 Mk. erhöht, alle sonstigen Zulagen, wie Kindergeld, Familienbeihilfen und Teuerungszulagen, bleiben bestehen.

Auf der Dynamitfabrik in Wahn konnte über die eingereichten Forderungen keine endgültige Einigung erzielt werden. Die Firma zahlt im Stundenlohn nur 39 bis 42 Pf., bezahlt aber, je nach der Geschäftslage der Betriebe, pro Tag 20 bis 40 Stunden. So kommt es vor, daß ein Arbeiter in einer Lohnperiode von 14 Tagen 25 Tage a 3,90 Mk. und noch 43 Ueberstunden geleistet hat. Ein anderer Arbeiter hat laut Lohnliste in 14 Tagen 19 Tage und 228 Ueberstunden gearbeitet. Es wurde auch auf unsere Eingabe hin nicht der Stundenlohn erhöht, sondern in fast allen Betrieben die Stundenzahl; alle sonstigen Wünsche der Arbeiterchaft wurden abgelehnt. Eine Betriebsversammlung hat zur unbefriedigenden Entschädigung des Arbeitsnachweises angezogen.

Wenn guten Erfolg hatten unsere Bemühungen auch auf der Pulverfabrik in Croisdorf. Im Händlungs- und Pulverbetriebe wurden auf unsere Eingaben die Stundenlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen um 10 Pf. erhöht. Die Direktion will allerdings diese Lohnsteigerung nicht auf die Einwirkung des Verbandes zurückgeführt wissen. Auch hatte die Firma eine Bekanntmachung im Betriebe anhängen lassen, worin die Arbeiter dringend vor ausgesetzten Arbeiterbetreibern gewarnt werden. In dem Aufsatze wird folgendes gesagt: „Das was jeder zwischen der Arbeiterchaft und Betriebsleitung behauptet, daß jahrelanges treues Zusammenarbeiten begründete gute Beziehungen soll auch in Zukunft stets eine besondere Pflege finden und es dem einzelnen Arbeiter jederzeit ermöglichen, auch wie vor sein Anliegen bei der Betriebsleitung vorzubringen. Der gewählte Arbeiterausschuß ist jedoch die Stelle, die im allgemeinen die Wünsche und Einrichtungen der Arbeiterchaft für die Folge entgegennimmt und solche mit der Betriebsleitung bespricht. Wir bitten unsere Arbeiterchaft freundlich, sich in Zukunft dieser Einrichtung zu bedienen und dem Arbeiterausschuß, der

aus der freien Wahl der Arbeiterchaft hervorgegangen ist, in sämtlichen Fragen volles Vertrauen entgegenzubringen. Der Arbeiterausschuß ist die berufene Instanz, die ihre Wünsche in vollstem Maße zu verwirklichen und, soweit dieselben berechtigt sind, unterstützen wird. Während die in letzter Zeit zum Teil aus Unkenntnis angerufenen ausgesetzten Arbeiterbetreuer keinen Erfolg haben können, da diese Personen weder mit der Betriebsrichtung vertraut noch überhaupt in der Lage sind, Hilfe zu bringen.“

Danach wäre es überhaupt zwecklos, sich noch länger mit der Pulverfabrik zu beschäftigen, da ein Erfolg uns doch nicht beschieden ist. Doch die Arbeiterchaft weiß besser, daß nur unsere Tätigkeit die Löhne seit Anfang März um 15 Pf. pro Stunde gestiegen sind. Auch in der so wichtigen Frage der Lebensmittelversorgung haben die Beschwerden und Eingaben dazu geführt, daß ein neues Lebensmittelamt errichtet wurde. (Es ist festgestellt, daß die Pulverfabrik unter der Leitung des Herrn Direktors Siebel Tausende von Zentnern Lebensmittel der Arbeiterchaft [Bauarbeitern] vorenthalten hat.) Auch im Pulver- und Händlungsbetriebe ist die Velleuerung auf unser Drängen bedeutend besser geworden. Die Heimbewohner haben bedeutende Erleichterungen erhalten, die auf unsere Beschwerden beim Bürgermeisteramt in Sieglar und dem Generalkommando in Koblenz hin erfolgt sind. Trotz unserer angeblichen Machtlosigkeit und Unkenntnis der Betriebs-einrichtungen hat sich die Direktion auf unser Drängen herbeilassen müssen, unsere Forderungen Rechnung zu tragen. An der Arbeiterchaft liegt es, daraus die richtige Lehre zu ziehen, die Organisation noch weiter auszubauen, damit wird bald oder später die Direktion einen anderen Standpunkt einnehmen müssen.

Im weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Verkürzung der Arbeitszeit in der gesamten chemischen Industrie. Die vielen Erkrankungen sowie die schlechte Ernährung lassen es dringend geboten erscheinen, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Medner wünscht, die Ortsverwaltung mit den Vorarbeiten zu beauftragen.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die erzielten Lohn- und Unterhaltungskosten. Alle Monate müßten die Arbeiterausschüsse auf eine Hebung der Löhne drängen. Die ungeheuren Preise für Schuhwaren, Obst und Gemüse zeigen deutlich, daß nur durch erhöhte Einnahmen die wucherischen Preise gesenkt werden können. Auch gäbe es noch Tausende von Unorganisierten, die all die Lohnzulagen einstecken es aber ablehnen, dem Verbande beizutreten. Es müßte noch mehr als bisher im Betriebe versucht werden, diese Sünder für uns zu gewinnen. Von einigen Rednern wurde verlangt, daß den Arbeiterausschüssen mehr Einfluß auf die Verteilung der Lebensmittel zustehen müßte. Die Unternehmer setzten diesem Drängen große Schwierigkeiten entgegen. Erklärte doch der Lebensmittelbezugsamt auf der Dynamitfabrik in Wahn, daß dies nicht Aufgabe der Ausschüsse sei. Man will also hübsch unter sich allein sein und sich jeder Kontrolle entziehen. Auch die Unternehmer in ihren Organisationen nehmen denselben Standpunkt ein. Die Unternehmer haben eine Einkaufsvereinigung gegründet, wo man auf die Einzugsziehung der Arbeiterbetreuer vollständig verzichtet hat.

Ein Antrag auf Entlastung des Kassierers fand einstimmige Annahme, worauf die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung um 6 Uhr geschlossen wurde.

Schönebeck a. E. Dem Beispiele der Kollegen auf der Sprengstofffabrik folgend, waren auch die Kollegen anderer Betriebe an die Verbandsleitung mit dem Ersuchen herangeritten, für sie erneut Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes an ihre Firma zu stellen. So wurden für die Arbeiterchaft der Hermannia Forderungen eingereicht auf Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pf., Erhöhung des Zuschlags für Ueberstunden und für Sonntagsarbeit usw. Wie immer erklärte auch diesmal die Direktion, daß sie die Forderungen allein nicht erledigen könne, sondern hierzu der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfe.

Die Firma rief dann den Vorsitzenden des Arbeitgeber-Verbandes zur Vermittlung an, und es wurde auch in dessen Beisein mit dem Vertreter der Organisation verhandelt. Erleichtert konnte die Sache hier jedoch nicht werden, da der Arbeiterausschuß die Forderungen eingereicht hatte. Nach nochmaliger Verhandlung mit dem Aufsichtsrat erklärte sich die Firma bereit, die Kriegszulage für Männer um 5 Pf. und für Frauen um 3 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Ferner soll den Wünschen der Arbeiterchaft bezüglich des Ernährungsausschusses auf bessere Kontrolle beim Verteilen der Lebensmittel Rechnung getragen werden. In einer Betriebsversammlung nahm die Arbeiterchaft zu diesen Zugeständnissen Stellung und erklärte sich damit einverstanden, wenn man auch ein etwas weiteres Entgegenkommen seitens der Firma, namentlich bei den Frauen, gewünscht hätte.

Die Kollegen der Chemischen Werke G. m. b. H. zu Schönebeck reichten durch die Verbandzeitung der Direktion ebenfalls Forderungen ein. Gefordert wurden: Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pf., Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit 20 Pf., Auszahlung der halbjährlichen Kriegszulage bei jeder Lohnzahlung. Die Firma verhandelte mit dem Vertreter der Organisation und bewilligte eine Kriegszulage von 1 Mark pro Tag und Auszahlung der halbjährlichen Kriegszulage bei jeder Lohnzahlung. Für Ueberstunden war ebenfalls der Kriegszuschlag gezahlt. Einen Sonderzuschlag für Ueberstunden lehnte die Firma ab. In einer Betriebsversammlung stimmten die Kollegen diesen Abmachungen zu, wenn man auch, namentlich bei den Ueberstunden, etwas mehr erwartet hätte.

Alles in allem genommen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen beider Betriebe durch ihr einmütiges Vorgehen einen ganz annehmbaren Erfolg erzielt, zumal in beiden Betrieben vor nicht allzulanger Zeit erst eine Aufbesserung der Löhne vorgenommen worden war. Diese Aufbesserungen der Löhne sind aber auch durchaus erforderlich, wenn die Arbeiterchaft mit ihrem Einkommen den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden will. Mögen die Arbeiter dieser, aber auch anderer Betriebe daher immer daran denken, daß nur die Einigkeit und eine gute, straffe Organisation den Erfolg auf diesem Gebiete verbürgt. E. S.

Verbandsnachrichten.

Statistik.

Blaue Monatskarten.

Die blauen Berichtskarten für den Monat August müssen bis zum 3. September in Hannover sein, damit das Ergebnis der Statistik bis zum 8. September an das Statistische Amt nach Berlin gesandt werden kann.

Die grauen Monatskarten sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden. Zahlstellen, die keine blauen Karten mehr in ihrem Besitz haben, wollen solche beim Vorstand bestellen.

Vom 21. August 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Tresden 1092,92. Magdeburg 15,50. Götting 900.—. Düsseldorf 400.—. Barch 400.—. Groß-Keulen 10,45. Paderm 1,20. Neu-haldensleben 200.—. Neumarkt (Oberpf.) 200.—. Leipzig 1800.—. Beyerdorf 500.—. Kattowitz 100.—. Göschl a. M. 10.—. Glemnitz 500.—. Balsrode 500.—. Neffen 5,50. Neumarkt i. Schl. 90.—.
- Schluß: Montag, den 27. August, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Oldenburg. 20 Pf. für männliche, 15 Pf. für weibliche Mitglieder.
Egeln. 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Güric. Sauer streichen. Ernst Gräfe, Karlstraße 19.
Stadon. Gustav Bein, Bimung 38.
Schorndorf. Karl Baujch, Kirchstraße 18.